

## Vorschau Wintersession 4. bis 22. Dezember 2023 / Umweltschutz

### Nationalrat

<p><a href="#">21.065</a> Geschäft des Bundesrates</p>	<p>Gegen die Verbauung unserer Landschaft (Landschaftsinitiative). Volksinitiative</p>	<p>Die Landschaftsinitiative will den Grundsatz der Trennung von Baugebiet und Nichtbaugebiet stärken sowie die Anzahl der Gebäude und die von ihnen beanspruchte Fläche im Nichtbaugebiet plafonieren. Ergänzend dazu sieht die Initiative Grundsätze vor, mit denen im Nichtbaugebiet die Neuerstellung von Bauten und Anlagen sowie die Änderung bestehender Bauten und Anlagen beschränkt werden sollen. Die Räte haben in der vergangenen Session jeweils einstimmig eine inhaltlich weitgehende Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (RPG, SR 700) als indirekten Gegenvorschlag angenommen: BBl 2023 2488.</p> <p>Der Ständerat hat eine Nein-Empfehlung abgegeben, mit 28 zu 6 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Eine rot-grüne Minderheit hatte die Initiative unterstützt. Auch der Bundesrat hatte die Initiative zur Ablehnung empfohlen.</p> <p><b>Sowohl der National- als auch der Ständerat lehnen die Landschaftsinitiative ab. Die Initiative wurde zugunsten einer Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (RPG) zurückgezogen.</b></p>
<p><a href="#">23.051</a> Geschäft des Bundesrates</p>	<p>Energiegesetz. Änderung (Beschleunigungserlass)</p>	<p>Der Bundesrat plant eine beschleunigte Genehmigung für nationale erneuerbare Energieprojekte, insbesondere Solar-, Wind- und Wasserkraftwerke. Das Ziel ist, die langen Verzögerungen durch bestehende Verfahren zu reduzieren.</p> <p>Die vorgeschlagenen Massnahmen umfassen ein konzentriertes Plangenehmigungsverfahren für Solar- und Windenergieanlagen, bei dem der Standortkanton alle erforderlichen Bewilligungen in einem Schritt erteilen kann. Eignungsgebiete sollen im Richtplan festgelegt werden, und der Rechtsmittelweg für Beschwerden soll verkürzt werden.</p> <p>Die Entscheidung über das ordentliche Bewilligungsverfahren soll bei den Projektanten liegen. Wasserkraftwerke sollen von einem konzentrierten Verfahren ausgenommen sein. Der Planungsprozess für den Ausbau des Stromnetzes wird ebenfalls verkürzt.</p> <p>Die Kommission unterstützt den Entwurf des Bundesrates grösstenteils, mit einigen Ergänzungen, darunter die Möglichkeit für Kantone, die Zustimmung der Standortgemeinden als Voraussetzung für die Bewilligung von</p>

		<p>Anlagen zu verlangen. Es gibt auch Diskussionen über Mitbestimmungsrechte der Standortgemeinden und Anpassungen am Verbandsbeschwerderecht.</p> <p>Der Nationalrat ist auf die Vorlage eingetreten und beraten. Der NR hat sich dabei insbesondere gegen eine Aufhebung des Technologieverbotes für Atomkraftwerke und einer Beschneidung des Verbandsbeschwerderechts ausgesprochen; besonders umstritten ist weiterhin die Rolle der Gemeindeautonomie bei der Planung und Bau von Windkraftanlagen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.</p>
<p><a href="#">22.061</a> Geschäft des Bundesrates</p>	<p>CO<sub>2</sub>-Gesetz für die Zeit nach 2024. Revision</p>	<p>Der Ständerat unterstützt das überarbeitete CO<sub>2</sub>-Gesetz, das die Schweiz bis 2050 klimaneutral machen soll, jedoch mit weniger Ehrgeiz als vom Bundesrat vorgeschlagen. Das Gesetz sieht vor, den Treibhausgasausstoß bis 2030 um etwa 34 Prozent im Inland zu reduzieren. Der Ständerat akzeptierte mehrheitlich eine Reduktion der Treibhausgasemissionen von neuen Personenwagen um 45 Prozent bis 2030, während eine Minderheit eine Senkung auf 25 Prozent befürwortete. Die Förderung von Ladestationen für Elektroautos in Mehrparteienhäusern wurde abgelehnt, und die Installation solcher Infrastruktur wurde als Aufgabe für Private betrachtet. Die Kommission unterstützt auch Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien und schlägt eine differenzierte Reduktion der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe für emissionsarme Lastwagen vor. Das Gesetz soll dazu beitragen, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren und erneuerbare Energien zu fördern, wobei der Nationalrat die Vorlage nun weiter behandeln wird.</p> <p>Der Nationalrat stellt sich hinter neuen Anlauf für CO<sub>2</sub>-Gesetz-Revision. Er sagt im Grundsatz Ja zum revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz für die Jahre 2025 bis 2030. Der Nationalrat fällte als Zweirat seine Entscheide mit einem allfälligen Referendum im Hinterkopf und mit dem Ziel, die neuen Bestimmungen 2025 in Kraft zu setzen. Nach Auffassung des Nationalrates soll ein höheres Verminderungsziel im Inland gelten; dagegen hat er wie der Ständerat auf eine Abgabe auf Flügen mit Privat- und Businessjets verzichtet, ebenso auf eine Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf fossilen Brennstoffen. Das Geschäft geht in die Differenzbereinigung.</p>

## Ständerat

<p><a href="#">22.085</a> Geschäft des Bundesrates</p>	<p>Umweltschutzgesetz. Änderung</p>	<p>Der Bundesrat schlägt Gesetzesänderungen im Umweltschutzgesetz vor, um die Sanierung belasteter Standorte zu beschleunigen. Altlasten sollen schneller untersucht und saniert werden, wobei der Bund bis 2045 60 Prozent der Kosten für unbekannte oder zahlungsunfähige Verursacher übernimmt. In Bezug auf Lärmschutz und</p>
--	-------------------------------------	--

		<p>Siedlungsentwicklung sollen lärmrechtliche Kriterien für Baubewilligungen im Bundesgesetz festgelegt werden. Das Umweltstrafrecht soll gegen organisierte Kriminalität verschärft werden.</p> <p><b>Der Ständerat will das Bauen im lärmbelasteten Gebieten erleichtern und geht dabei über die bereits weitgehende Lockerung der Botschaft hinaus. So soll das Bauen in Gebieten mit überschrittenem Lärm-Immissionsgrenzwert künftig möglich sein, wenn Wohnungen über eine Komfortlüftung verfügen. Das Geschäft geht jetzt in den Zweitrat.</b></p>
<p><a href="#">20.433</a>          Parlamentarische Initiative</p>	<p>Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken</p>	<p>Der Nationalrat hat Änderungen im Umweltschutzgesetz beschlossen, um die Kreislaufwirtschaft zu stärken und Abfall zu vermeiden. Im Zentrum der Vorlage steht die Förderung von Wiederverwendung und Recycling. Der Bundesrat soll Anforderungen an die Lebensdauer von Produkten festlegen können. Der Nationalrat befürwortet zudem einen "Reparatur-Index" zur Anzeige der Reparierbarkeit von Produkten. Das Einsammeln von Abfällen soll liberalisiert werden, indem private Anbieter ohne Gemeindekonzession wiederverwertbare Materialien von Haushalten sammeln dürfen.</p> <p><b>Der Ständerat stützt die Stärkung der Kreislaufwirtschaft. In einem umstrittenen Punkt will er grundsätzlich am Monopol der Kantone für die Entsorgung der Siedlungsabfälle festhalten.</b></p>
<p><a href="#">22.025</a>          Geschäft des Bundesrates</p>	<p>Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative).          Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag</p>	<p>Der Nationalrat hat sich für die Schaffung eines indirekten Gegenvorschlags ausgesprochen, um die Anliegen der Initiative in das Gesetz aufzunehmen. Dieser Schritt wurde mit 99 zu 77 Stimmen und 6 Enthaltungen beschlossen, obwohl der Ständerat zuvor die Vorlage nicht unterstützt hatte. Mit der Befürwortung eines indirekten Gegenvorschlags betonte der Nationalrat die Dringlichkeit, den Verlust der Biodiversität einzudämmen. Dieser Gegenvorschlag würde sich auf die Vernetzung ökologischer Gebiete zur Förderung der Tierwanderung und Verbesserungen in den Biodiversitätsgebieten konzentrieren, ohne zusätzliche rechtliche Regelungen für die Landwirtschaft einzuführen. Bleibt der Ständerat beim Nichteintreten ist ein Gegenvorschlag vom Tisch.</p> <p><b>Der Ständerat ist zum zweiten Mal nicht auf einen indirekten Vorschlag zur Biodiversitätsinitiative eingetreten. Die Anliegen sollen mit den bestehenden Instrumenten umgesetzt werden. Die Initiative kommt im Verlauf von 2024 zur Volksabstimmung.</b></p>
<p><a href="#">23.4028</a>          Motion</p>	<p>Sicherung der Insektenbestäubung, insbesondere durch Wild- und Honigbienen</p>	<p>Die Motion beauftragt den Bundesrat, nachhaltig die Bestäubung von Pflanzen zu sichern und gegebenenfalls die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen. Maßnahmen umfassen die Evaluierung des Bestäubungsbedarfs, Monitoring und Schutz von Wild- und Honigbienen, Sicherung des Nahrungsbedarfs von Bestäubern, Fortsetzung</p>

		<p>der Landwirtschaftsunterstützung für ökologische Leistungen, Förderung der Honigbienenhaltung, Stärkung der Forschung zur Bestäubung, und verstärkte Berücksichtigung bienenspezifischer Eigenheiten in der Gesetzgebung.</p> <p><b>Ständerat: Annahme</b></p>
<p><a href="#">22.319</a>          Standesinitiative</p>	<p>Massvolle Entwicklung in Weilerzonen</p>	<p>Der Kanton St.Gallen reichte eine Standesinitiative aufgrund von Art. 160 Abs. 1 der Bundesverfassung und Art. 115 des Parlamentsgesetzes ein. Die Initiative fordert eine Präzisierung oder Ergänzung von Art. 18 des Raumplanungsgesetzes, um Neubauten innerhalb von Weilerzonen zuzulassen, insbesondere zur Schließung von Baulücken.</p> <p><b>In Weilern sollen Neubauten erstellt werden dürfen, vor allem, wenn diese Gebäude Baulücken schliessen. Der Ständerat ist einverstanden mit einem Begehren des Kantons St. Gallen, dazu landesweite Vorschriften zu erarbeiten. Das Geschäft geht in den Nationalrat (Zustimmungsverfahren).</b></p>

(Stand: 12. Januar 2024)